

Die Krawalle in Berlin zeigen, wie realitätsfern unser Staat geworden ist

## Der Müll und die Clans

Von Gerd Held

Die kleinen Meldungen gibt es schon länger: Gewalttaten in der U-Bahn, Angriffe auf Busfahrer, Drogendealer auf Spielplätzen, Müllhaufen in Grünanlagen, Schmierereien an Hauswänden, Raub auf Schulhöfen, Tötlichkeiten gegen Lehrer. Es gab auch Berichte über Straßen, in die sich die Polizei nur noch ausnahmsweise begibt. Die Berichte wurden eilig offiziell dementiert. Das Bild unserer Städte durfte so nicht sein. Allenfalls sollte es um Fehlverhalten von einzelnen gehen. Waren die Probleme so verniedlicht, konnte man sie auf bunte Karteikärtchen schreiben und „thematisieren“. Der Höhepunkt war dann ein „Rollenspiel gegen Gewalt“. So wurde das Böse mit einer Gestik des Guten umgeben und gleichsam zu beschwören versucht. Freilich bemerkten die Menschen in ihrem Alltag, dass nichts wirklich geregelt war. Die Projekte gingen vorüber, der Müll und die Gewalt blieben. Die mühsam gereinigte Hauswand wurde wieder beschmiert. Es war zum Heulen. Viele Menschen fühlten sich aber auch ein bisschen dumm, weil im offiziellen Bild ja alles auf einem guten Weg war.

Nun hat sich gezeigt, dass die skeptischen Bürger doch Recht hatten. Es ist etwas geschehen, das das Ausmaß der vielen, verstreuten Gewalttaten und Zerstörungen im Zusammenhang deutlich gemacht hat. Mitten in Berlin ist es in der Nacht des 1. Mai zu einer Bürgerkriegsszenerie gekommen. Nachdem der Innenminister zunächst noch versucht hatte, einen Erfolg der Befriedungspolitik des Senats zu melden, stellte sich bald das wahre Ausmaß der Ereignisse heraus. Das war nicht einfach ein spontaner Ausbruch von „Jugendgewalt“. Auch keine Tat von „Kriminellen“. Hier wurde um Macht gekämpft, um Gebietsherrschaft. In der deut-

lichen Hauptstadt hat der Versuch einer lokalen Machtergreifung stattgefunden. Die Richtung der vorhergehenden Ereignisse wurde deutlich. Die Anschläge auf Autos, Wohnungen und Gaststätten und die Parole „Reiche raus“ zeigten schon, dass auf eine soziale Säuberung gezielt wird. Es geht nicht um ein Einzelhaus, der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat so viel Einwohner wie eine mittlere deutsche Großstadt. Zur sozialen Säuberung gesellt sich die ethnische Säuberung. Die Gefolgschaften der Autonomen sind baugleich mit den Clans von Migranten, die in manchen Straßen eigene Hoheitsgebiete errichtet haben. Die einzelnen Zerstörungen und Gewalttaten sind Teil einer größeren, organisierten Barbarei. Die individuelle Anarchie ist dabei, zur Gruppen-Anarchie zu werden. In diesem Milieu entsteht keine Gesellschaft, in der die Schwachen besser geschützt sind, sondern eine neofeudale Abhängigkeit, in der das Recht des Stärkeren gilt und die Banden und Clans im Dauerkampf ihre Leute verheizen. Angesichts dieser Zuspitzung wird es nun auch denjenigen, die gerade noch freundlich von „sozialen Unruhen“ raunten, mulmig.

Es ist verführerisch, die Berliner Entwicklung parteipolitisch zu betrachten. Hier hat das Rot-rote Projekt deutlich seine Bindungskraft verloren. Aber diese Betrachtung wäre kurzsichtig. Es gibt ein tieferes Problem. Es stimmt etwas nicht an der Aufstellung unseres Gemeinwesens. Wir haben eine Politik, die immer mehr Regeln aufstellt und immer weniger Durchsetzungskraft hat. Ein Politikstil ist eingerissen, der sich mit Gesten begnügt. Man erklärt immer höhere Ziele, während schon in den ersten realen Umsetzungen der Wurm ist. Die Tatkraft des Staates schwindet, sobald es um die elementare

Barbarei geht, die sich in unserem Alltag eingenistet hat. Natürlich gibt es auch den Teil des Staates, der damit konfrontiert ist - die Polizisten, Busfahrer, Müllmänner, Feuerwehrleute, Lehrer und viele andere mehr. Polizisten und Lehrer kennen schon seit geraumer Zeit das Bandenproblem, das dazu führt, dass Täter nicht mehr angezeigt werden, weil die Opfer das Umfeld des Täters fürchten. Feuerwehrleute und Reinigungskräfte kennen den schleichenden Prozess zur organisierten Zerstörung und Gewalt, weil sie sich immer häufiger Gruppen und „Umstehenden“ gegenübersehen, die eine feindliche Haltung einneh-

men. Sie fühlen sich heute mehr denn je alleingelassen.

So gibt es in unserem Gemeinwesen inzwischen zwei Welten. Die schönen Regeln und Projekte stehen im Licht, die täglichen Niederlagen des elementaren Realstaats liegen im Schatten. Die Berliner Ereignisse sollten Anlass geben, dass dieser Realstaat sich jetzt zu Wort meldet und mit seinen Problemen Gehör findet. Es ist ein gutes Zeichen, dass endlich auch die Gewerkschaft Verdi eine systematische Strafverfolgung aller Gewalttaten gegen die Fahrer der Berliner Verkehrsgesellschaft fordert.

*(Manuskript vom 7.5.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 9.5.2009)*